

## Washington News

Nr. 27 vom 18. Juli 2019

- Diese Woche in Washington
- Kritische Diskussion in Washington zu digitalen Währungen
- Gesetzentwürfe zu Huawei im US-Kongress eingebracht
- Reduzierung des Bußgeldsatzes für Verstöße gegen Kraftstoffeffizienzanforderungen
- Die USA bieten großes Geschäftspotenzial für die Elektronisierung von Fahrzeugen
- In eigener Sache: Sommerpause
- Hohes Interesse an internationalen Ausbildungsmodellen
- Keine Einschränkungen bei Uranimporten

### Diese Woche in Washington

Präsident Trump hat den 15. Juli 2019 als *Made in America Day* und die Woche vom 14. bis 20. Juli 2019 als *Made in America Week* festgelegt, um die Bedeutung US-amerikanischer Unternehmer, Arbeitnehmer und Landwirte feierlich hervorzuheben. Im Weißen Haus wurden zu diesem Anlass Unternehmen aus allen 50 US-Bundesstaaten empfangen, die ihre in den USA hergestellten Produkte präsentierten. Anlässlich dieser Veranstaltung nutzte Präsident Trump die Gelegenheit, eine neue *Executive Order* zur Verstärkung der *Buy American*-Anforderungen zu erlassen. Nach geltendem Recht gilt ein Produkt als *foreign made*, wenn die Kosten der benutzten nicht-einheimischen Materialien 50 Prozent oder mehr der Gesamtherstellungskosten ausmachen. Die neue *Executive Order* zielt darauf ab, diesen Anteil bei Stahl und Eisen auf 5 Prozent und bei allen weiteren Produkten auf 45 Prozent zu reduzieren und beauftragt den *Federal Acquisition Regulatory Council* die Vorschriften innerhalb von 180 Tagen dahingehend zu untersuchen.

Die Ratifizierung des USMCA noch vor der Sommerpause des Kongresses erscheint unwahrscheinlich. Das Repräsentantenhaus verlässt Washington am 26. Juli und wird erst am 9. September zurückkehren. Diese Woche setzten die neun demokratischen Mitglieder der USMCA-Arbeitsgruppe ihre Gespräche mit dem US-Handelsbeauftragten Robert Lighthizer fort. Gleichzeitig drängten die Republikaner im Senat auf eine Ratifizierung. So hoben am 16. Juli neun Senatoren in ihren Ausführungen im Senatsplenum besonders die wirtschaftlichen Vorteile des USMCA hervor. Senator Mike Braun (R-ID) kritisierte die Demokraten, die seiner Meinung nach den Ratifizierungsprozess dahingehend nutzen wollen, einen politischen Erfolg des US-Präsidenten vor der Präsidentschaftswahl 2020 zu verhindern.

### Kurzmeldungen

#### In eigener Sache: Sommerpause

Liebe Leserinnen und Leser,

die *Washington News* macht Sommerpause. Die nächste Ausgabe erscheint nach *Labor Day* am 12. September. Wir wünschen Ihnen bis dahin einen schönen Sommer.

Ihre *Washington News*-Redaktion



#### Hohes Interesse an internationalen Ausbildungsmodellen

Am 16. Juli fand im Repräsentantenhaus

Nach mehrjähriger Verzögerung hat der Senat eine Reihe von Steuerabkommen mit überwältigender Mehrheit ratifiziert. Dadurch werden die bereits bestehenden Steuerabkommen mit Japan, Luxemburg, Spanien und der Schweiz aktualisiert. Laut Senator [Ron Wyden](#) (D-OR) würden diese Steuerabkommen den Handel mit den Verbündeten fördern, ausländische Investitionen anziehen und Steuerbetrug durch verbesserten Informationsaustausch bekämpfen. Drei andere Steuerabkommen mit Chile, Ungarn und Polen warten immer noch auf eine Ratifizierung im Senat. (ch)

---

## Kritische Diskussion in Washington zu digitalen Währungen

Kryptowährungen, wie Bitcoin oder die im Juni von Facebook [angekündigte](#) Digitalwährung *Libra*, kommen in Washington zunehmend auf den Prüfstand. Nachdem sich sowohl Präsident Trump als auch Notenbank-Vorsitzender [Jerome Powell](#) bereits letzte Woche kritisch über Kryptowährungen äußerten, meldete am Montag auch US-Finanzminister Steven Mnuchin in einer [Pressekonferenz](#) Bedenken an, dass digitale Währungen für illegale Machenschaften, wie etwa Steuerhinterziehung oder Drogen- und Menschenhandel missbraucht werden könnten. In der Tat stelle dies eine „Angelegenheit der nationalen Sicherheit“ dar, so Mnuchin. Das US-Finanzministerium habe daher Facebook und anderen Finanzdienstleistern gegenüber verdeutlicht, dass diese die gleichen Sicherheitsvorkehrungen gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung einführen müssten wie klassische Finanzinstitutionen.

Der Aufruf nach strengeren Regulierungsmaßnahmen in diesem Sektor kam nicht nur seitens der US-Regierung, auch der Kongress hat Besorgnis diesbezüglich geäußert. In zwei separaten Anhörungen stand David Marcus, Manager der Facebook-Tochter *Calibra*, sowohl Senatoren des Bankenausschusses [am Dienstag](#) als auch Finanzpolitikern des Ausschusses für Finanzdienstleistungen im Repräsentantenhaus [am Mittwoch](#) Rede und Antwort. Senator John Kennedy (R-LA) hielt Facebook etwa vor das Geldvolumen kontrollieren zu wollen, während Senator Sherrod Brown (D-OH) bezweifelte, ob Bürger ihre Finanzen einer Firma wie Facebook anvertrauen würden. Marcus hingegen [beteuerte](#) in beiden Ausschüssen, dass die Kryptowährung *Libra* weder als Konkurrenz zu traditionellen Währungen eingesetzt werden noch in die Geldpolitik der Zentralbanken eingreifen solle. Auch werde *Libra* nicht eingeführt, solange nicht alle regulatorischen Voraussetzungen umgesetzt und sämtliche Bedenken aus dem Weg geräumt seien, so der *Calibra*-Chef. (vm)

---

## Gesetzentwürfe zu Huawei im US-Kongress eingebracht

Am Dienstag wurde [ein überparteilicher Gesetzentwurf](#) zu strikteren Beschränkungen bezüglich des chinesischen Konzerns Huawei von Senator Tom Cotton (R-AR) eingeführt. Der *Defending America's 5G Future Act* sieht die Zustimmung des Kongresses vor, bevor Huawei von der *Entity List* des US-

eine [Anhörung](#) zu den Ausbildungsmodellen Australiens, Deutschlands und der Schweiz sowie möglichen Anknüpfungspunkten für die USA statt. Die Vorsitzende Susan Davis (D-CA) lobte die drei Ausbildungsmodelle als „Goldstandard“. Mit Blick auf das deutsche System war sie vor allem von der niedrigen Jugendarbeitslosenquote (5%) beeindruckt. Die Abgeordneten zeigten besonderes Interesse an der Verwendung der staatlich und privatwirtschaftlich bereitgestellten Finanzierung der Ausbildungsmodelle. Zudem bestand Informationsbedarf zur Setzung nationaler Standards durch die Bundes- und die Landesregierungen und zur Ausweitung der Ausbildungsmodelle in neue Wirtschaftssektoren.

In der nächsten Woche wird die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Anja Karliczek, in Washington erwartet. Sie wird eine *Joint Declaration of Intent* zur Kooperation zwischen den USA und Deutschland in Fragen der beruflichen Bildung unterzeichnen. (ch)

---

## Keine Einschränkungen bei Uranimporten

Letztes Jahr beantragten zwei Bergbauunternehmen eine *Section 232*-Untersuchung von

Handelsministeriums unterstützen könnte. Es würde dem Kongress auch ermöglichen, Exportlizenzen, die für den Verkauf von US-Produkten an Huawei genehmigt wurden, auszusetzen. Die Senatoren Chris Van Hollen (D-MD), Marco Rubio (R-FL), Mitt Romney (R-UT), Mark Warner (D-VA) und Richard Blumenthal (D-CT) sind Mitsponsoren des Gesetzentwurfes. Im Repräsentantenhaus wurde von Mike Gallagher (R-WI) ein begleitender [Gesetzentwurf](#) eingeführt.

Die beteiligten Senatoren forderten in ihrer [Presseerklärung](#) die Administration auf, in ihren Handelsgesprächen mit China keine Zugeständnisse in Bezug auf den Umgang mit Huawei zu machen. Van Hollen machte deutlich, der Gesetzentwurf stelle sicher, dass der Präsident die Bedenken hinsichtlich der nationalen Sicherheit ernst nehme. Auch Warner erklärte, dass Huawei ein Risikofaktor für die nationale Sicherheit der USA sei und als solches nicht in den Handelsgesprächen als Druckmittel genutzt werden solle. Rubio sieht in der Aufführung Huaweis auf der *Entity List* auch einen wichtigen strategischen Schritt der US-Administration im langfristigen Wettbewerb der beiden politischen Systeme der USA und Chinas.

Mit Blick auf die laufenden US-China-Handelsverhandlungen plant der US-Handelsbeauftragte Robert Lighthizer diese Woche mit chinesischen Unterhändlern weitere Gespräche zu führen. US-Finanzminister Steven Mnuchin gab zudem am Montag bekannt, dass eine US-Delegation nach China reisen könnte, wenn in den Gesprächen in dieser Woche Fortschritte erzielt werden. (kw)

---

## Reduzierung des Bußgeldsatzes für Verstöße gegen Kraftstoffeffizianzorderungen

Der US-Kongress hatte im Jahr 2015 die Bundesbehörden dazu aufgefordert, die Inflationsentwicklung in der Neuberechnung zivilrechtlicher Bußgeldsätze mitzuberechnen. Infolgedessen hat die *National Highway Traffic Safety Administration* (NHTSA) die Bußgelder von 5,50 US\$ auf 14 US\$ für jede Zehntelmeile pro Gallone Kraftstoff erhöht, die ein neues Fahrzeug über den gesetzlichen Kraftstoffeffizienzstandards hinweg verbraucht. In den vergangenen Jahren haben einige Autohersteller dadurch mehrere Millionen US Dollar an Bußgeldern zahlen müssen.

Die Trump Administration hat diese Erhöhung im letzten Jahr ausgesetzt. Daraufhin hatten drei Umweltgruppen und mehrere US-Bundesstaaten, darunter New York und Kalifornien, die NHTSA verklagt. Die Kläger haben argumentiert, dass den Autoherstellern ein wesentlicher Anreiz zur Herstellung verbrauchsarmer Fahrzeuge fehlen würde, sollten die möglichen Bußgelder zu niedrig sein. Zwei Autoverbände – *Alliance of Automobile Manufacturers* und *Association of Global Automakers* – haben ihrerseits errechnet, dass der höhere Bußgeldsatz Befolgungskosten von bis zu einer Milliarde US\$ jährlich nach sich ziehen könnte. Nun hat die NHTSA eine Regulierung erlassen, um den höheren Bußgeldsatz rückgängig zu machen. So könnten zukünftige Kostenbelastungen für die Hersteller und Konsumenten reduziert werden. (ch)

Uranimporten. Das US-Handelsministerium kam in seinem Bericht zu dem Schluss, dass Uranimporte die nationale Sicherheit der USA bedrohen. Die Unternehmen forderten die Einführung einer Importquote, um einen Marktanteil von 25% des heimischen Uranabbaus sicherzustellen.

Am vergangenen Freitag teilte Präsident Trump in einem [Memorandum](#) jedoch mit, dass Uranimporte keine Bedrohung für die nationale Sicherheit der USA darstellten. Er stellte aber fest, dass die inländische Uranindustrie vor großen Herausforderungen stehe. Statt Einschränkungen von Uranimporten hat das Weiße Haus nun eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um eine breit angelegte Analyse der gesamten Lieferkette für Kernbrennstoffe unter Berücksichtigung nationaler Sicherheitsbelange zu erstellen. Der Nationale Sicherheitsberater John Bolton und der Wirtschaftsberater Larry Kudlow werden diese Arbeitsgruppe gemeinsam leiten. Sie müssen innerhalb von 90 Tagen einen Bericht vorlegen. (ch)

# Die USA bieten großes Geschäftspotenzial für die Elektronisierung von Fahrzeugen

## Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Die US-Auto- und Zulieferindustrie kooperiert mit Software- und Elektronikfirmen. Mit dem Trend zum vernetzten Fahren steigt der Bedarf an Halbleitern und künstlicher Intelligenz (KI).

In Seattle entsteht ein neues Entwicklungszentrum, in dem Volkswagen (VW) gemeinsam mit Microsoft die Volkswagen Automotive Cloud und Technologien für vernetzte Fahrzeugdienste entwickeln wird. Auch mit IBM kooperiert VW, um die Transparenz in der Lieferkette durch Einsatz von Blockchain-Technologie zu verbessern. BMW arbeitet mit Microsoft an einer offenen Produktionsplattform, auf der sich Produzenten und Zulieferer vernetzen können.

Den vollständigen Beitrag finden Sie kostenfrei [hier](#). (gtai)



**Audi**



**Lufthansa**



**EVONIK**  
POWER TO CREATE

Gefördert durch:



Bundesministerium  
für Wirtschaft  
und Energie

aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages

## Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

### Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

[publications@rgit-usa.com](mailto:publications@rgit-usa.com)

### Redaktion:

Daniel Andrich

Die Washington News  
erscheinen wöchentlich  
und berichten über aktuelle  
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:

Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2019

**DISCLAIMER**

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

**For German trade and investment visit**  
**[www.germanbusinessmatters.com](http://www.germanbusinessmatters.com)**

